

PRESSEAUSSENDUNG

Auch indigene Völker von CETA bzw. TTIP betroffen!

Als europäische Menschenrechtsorganisation für die Rechte Indigener Völker möchte der Arbeitskreis Indianer Nordamerikas (AKIN) Aufmerksamkeit auf einige bislang wenig beachtete Aspekte im Zusammenhang mit dem Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) lenken, das nunmehr vor dem Ratifizierungsprozess steht.

So wird sich auch AKIN **am Aktionstag am 11. Oktober 2014** beteiligen und ein Zeichen gegen die Unterzeichnung sowohl von TTIP als auch CETA setzen.

CETA greift massiv in die bestehenden Rechte von kanadischen Indigenen Völkern ein, mit unabsehbaren negativen sozialen, rechtlichen, wirtschaftlichen und ökologischen Folgen.

Kanada verstößt seit langem immer wieder gegen Menschenrechte, wie eine umfassende Liste an Rügen diverser UN-Gremien, insbesondere gegen Kanadas Indigenenpolitik deutlich macht (sh: <http://arbeitskreisindianer.wordpress.com/2014/09/07/un-menschenrechtsverletzungen-von-kanada/>). CETA würde diese Situation noch dramatisch verschärfen.

- **UN rügt Kanada wiederholt:**
Kanada zeigt sich nach außen hin als aktiver Beschützer der Menschenrechte. Eine **umfassende Liste an Rügen diverser UN-Organen über Kanadas Politik gegenüber Indigener Völker zeigt jedoch ein anderes Bild**. Wir erlauben uns diese Auflistung in der Beilage beizufügen.
- **Kanada setzt UNDRIP nicht um:**
Entgegen der entschlossenen Zustimmung aller EU-Mitgliedsstaaten, hat sich Kanada bis zuletzt der Anerkennung der „UN-Deklaration der Rechte Indigener Völker“ (UN-Declaration on the Rights of Indigenous Peoples, UNDRIP) verweigert. Die UNDRIP fundamentiert im speziellen kollektive Rechte, wie etwa Landrechte Indigener Völker und insbesondere das einhergehende Recht auf „free, prior and informed consent“ (FPIC). Die Umsetzung dieser bereits oftmals gewohnheitsrechtlich verankerten Grundsätze stellt eine zentrale, existenzielle Forderung der Indigenen Völker Kanadas dar, wird jedoch von Kanada ignoriert.
- **Wirtschaftsinteressen gegen Menschenrechte:**
Diese diskriminierende, menschenrechtsverachtende Haltung ist schlussendlich auf wirtschaftlichen Interessen begründet: Eine radikale Ausbeutung der natürlichen Ressourcen um jeden Preis - ohne Rücksicht auf Umwelt und Menschenrechte, vor allem bezüglich Indigener Völker und ihrer Territorien.

- **CETA fördert Menschenrechtsverletzungen und die Zerstörung der Umwelt:**

Eines der zentralen Anliegen europäischer Verhandlungspartner ist der vereinfachte Zugang zu natürlichen Ressourcen in Kanada, insbesondere zur Energiegewinnung. Der Teersandabbau in Alberta dient hierbei als nur ein Beispiel unter vielen. So würde CETA in Kanada zu einem verstärkten Abbau von Teersand durch europäische Unternehmen führen. Verschiedene EU-Ölfirmen einschließlich Shell, BP und Total haben bereits jetzt große Geldsummen in den Abbau von Teersand investiert und würden vom vorgesehenen Investorenschutz profitieren.

- **Existenzgefährdung Indigener Völker:**

Mit dieser rigorosen Ausbeutungsideologie geht jedoch die Existenzgefährdung von Indigenen Völkern Kanadas einher; die Verseuchung von riesigen Arealen mit krebserregenden Chemikalien wird nach wie vor in Kauf genommen und die angestammten Rechte Indigener Völker ignoriert, obwohl sie ihnen zumindest theoretisch in der kanadischen Verfassung zugesichert sind. Die Indigenen Völker werden weder konsultiert, geschweige denn deren Zustimmung eingeholt. Eine grobe Rechtsverletzung!

- **FIPA-Ratifizierung durch indigene Gerichtsklagen 2 Jahre blockiert – CETA könnte ähnliche Probleme bekommen:**

Die Ratifizierung des bereits ausverhandelten Freihandelsabkommens zwischen Kanada und China (CC FIPA) musste aufgrund der Verweigerung von Rechten Indigener Völker 2 Jahre auf Eis gelegt werden: Im Fall der *Hupacasath First Nation v. the Minister of Foreign Affairs Canada and the Attorney General of Canada*, pocht das genannte Indigene Volk bis heute auf die Einhaltung seiner Mitbestimmungsrechte, die jedoch bei Umsetzung des CC FIPA massiv unterminiert werden würden. Dennoch, erneut verletzte Kanadas Regierung unter Premier Harper die Rechte Indigener Völker und ratifizierte kürzlich CC FIPA. Die Hupacasath kämpfen dennoch weiter um ihre Rechte.

- **Oberster Gerichtshof Kanadas stellt Rechte indigener Völker über Investoren-interessen:**

Bestärkt werden die Indigenen Völker Kanadas allerdings aufgrund der fundamentalen, kürzlich getroffenen Entscheidung des kanadischen Obersten Gerichtshofs zugunsten der Tsilhqot'in:

In dem Urteil bezog sich der Oberste Gerichtshof insbesondere auf den sog. *Aboriginal Title*, ein kollektives Eigentumsrecht der Indigenen Völker Kanadas, welches Nutzungsrechte, Ressourcengewinnung und auch die generelle Verfügung über ihre angestammten Territorien umfasst.

Aufgrund der Diskrepanz zwischen der ignoranten und undemokratischen Haltung Kanadas einerseits und andererseits der Rechtslage, die für die Indigenen Völker spricht, entsteht eine massive Unsicherheit für Investoren und die assoziierte Ressourcenausbeutung.

Dies würde somit auch europäische Interessen betreffen.

- **Kanada ist kein verlässlicher Wirtschaftspartner:** Kanada erweist sich daher weder als verlässlicher Wirtschaftspartner und erst recht nicht als Garant für die Einhaltung der Menschenrechte.



arbeitskreis
indianer
nordamerikas

Arbeitskreis Indianer Nordamerikas

Menschenrechtsarbeit für Indigene Nordamerikas

E-Mail: info@arbeitskreis-indianer.at

<http://www.arbeitskreis-indianer.at>

- **Grundsätze des EP verbieten Ratifizierung von CETA!**

Gemäß der Verpflichtung des Europäischen Parlaments „achten die Abgeordneten darauf, dass in den Wirtschafts- und Handelsabkommen, die von der EU mit Drittländern unterzeichnet werden, die Achtung der Menschenrechte festgeschrieben wird. Das Europäische Parlament hat die Befugnis, den Abschluss wichtiger Abkommen mit Drittstaaten abzulehnen, wenn es Verstöße gegen die Menschenrechte feststellt.“

Weder Rechte Indigener Völker noch Menschenrechte an sich finden im Vertragstext substantielle Erwähnung. Um eine verantwortungsvolle, kohärente, menschenrechtskonforme Position, zu welcher sich die EU bereits hinsichtlich der UNDRIP eindeutig bekannt wie auch verpflichtet hat, zu wahren, wurde bereits ein Aufforderungsbrief an alle EU-Abgeordnete gerichtet, dem Vertragstext nicht zuzustimmen.

Wien, am 09.10.2014

Für den Text verantwortlich:

Arbeitskreis Indianer Nordamerikas (AKIN)

MMag. Michaela Mayer

MMag. Gawan Maringer

info@arbeitskreis-indianer.at